

24
AB

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ-Gemeinderäte Dominik Nepp und Mag. Johann Gudenus betreffend Zuerkennung einer Opferrente für die in städtischen Kinder- und Jugendheimen missbrauchten Kinder und Jugendlichen, eingebracht im Rahmen der Rechnungsabschlussdebatte am 25.06.2013 zur Geschäftsgruppe „Bildung, Jugend, Information und Sport“.

In zahlreichen Kinder- und Jugendheimen der Stadt Wien sind unzählige Kinder und Jugendliche zum Teil über 30 Jahre lang schwer missbraucht worden. In der Zeit nach dem Krieg bis zur Schließung haben auch im Kinderheim Schloss Wilhelminenberg unglaubliche Zustände geherrscht. Mittlerweile haben sich hunderte Opfer gemeldet. In diesem Heim wurden Kinder und Jugendliche über Jahrzehnte systematisch und wiederholt körperlich misshandelt. Verbale Attacken, Beleidigungen, körperliche Übergriffe in Form von Schlägen und Vergewaltigungen waren alltäglich. Die Opfer waren zum Teil unmündige Minderjährige, somit die wehrlosesten und schützenswertesten Mitglieder der Gesellschaft.

Die meisten der damaligen Opfer, waren später im Erwachsenenalter zum Teil oder gänzlich erwerbsunfähig, sodass die Gemeinde Wien als Verantwortungsträgerin all diesen Geschädigten eine Opferrente zuerkennen soll.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates nachfolgenden

B e s c h l u s s a n t r a g:

GEWERKSCHAFTSDIREKTION
DER STADT WIEN
ABGELEHNT
Eing.: 25 JUNI 2013
PAU-02356-2013/0001-KEFIGA
Geschäftsstelle Lundtag, Gemeinderat,
Landesregierung und Stadtratsrat

Der Bürgermeister der Stadt Wien wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass allen Opfern in städtischen Kinder- und Jugendheimen, die aufgrund der Vorfälle erwerbsbeeinträchtigt waren oder sind, eine Opferrente zuerkannt wird.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.